

Liebe Trippstadterinnen und Trippstadter,

unsere 19. Ausgabe steht ganz im Zeichen der Bundestagswahl. Am 22. September entscheiden wir über die Zusammensetzung des Deutschen Bundestags für die nächsten vier Jahre. Es wird ein spannender Wahlkampf werden.

Immer wieder hört man, die Programme der großen Parteien seien ja doch alle ähnlich. Dass dies nicht so ist, wollen wir mit einem Vergleich der Programme von CDU und SPD belegen.

Weiterhin haben wir mit unserer Ministerpräsidentin Malu Dreyer ein Interview geführt.

Die SPD feiert in diesem Jahr ihren 150. Geburtstag. Dazu finden Sie in dieser Ausgabe einen kleinen geschichtlichen Abriss.

Uwe Wunn, Vorsitzender des SPD-Ortsvereins Trippstadt



**FÜR EINE STARKE
WESTPFALZ**

IHRE ERSTSTIMME ENTSCHIEDET, OB
UNSERE REGION IM BUNDESTAG
VERTRETEN SEIN WIRD.

DESHALB AM 22.09.

**ANGELIKA
GLÖCKNER**

WWW.ANGELIKA-GLÖCKNER.INFO **SPD**

Interview mit Malu Dreyer



TiB: *Liebe Malu, wir gratulieren dir herzlich zur Wahl als Ministerpräsidentin. Wir freuen uns sehr, dass du für ein Interview zur Verfügung stehst. Kurt Beck hatte 18 Jahre die Politik in Rheinland-Pfalz geprägt. Was wird sich nun ändern? Was wird bleiben?*

Malu Dreyer: In der Amtszeit von Kurt Beck hat sich Rheinland-Pfalz erfolgreich entwickelt. Die Landesregierung wird diese erfolgreiche Entwicklung fortsetzen. Ich nenne hier beispielhaft das hervorragende Bildungssystem als Markenzeichen unseres Landes mit seiner Durchlässigkeit und der Gebührenfreiheit von der Kita bis zur Hochschule, aber auch die guten Rahmenbedingungen für die Wirtschaft. Ich möchte außerdem neue Schwerpunkte setzen, mit denen wir Rheinland-Pfalz weiter nach vorne bringen. Dazu gehört das große Thema Demografie. Ich habe ein Demografie-Kabinetts ins Leben gerufen, das sich künftig mit Fragen des demografischen Wandels beschäftigt. Vorrangig geht es darum, den unterschiedlichen Generationen in einer zunehmend älteren und älter werdenden Gesellschaft gute Lebensperspektiven zu ermöglichen. Ein weiterer Schwerpunkt meiner Arbeit wird die Bürgerbeteiligung sein. Ich will mehr Transparenz in das Handeln von Politik und Verwaltung bringen.

TiB: *In der letzten Ausgabe befassten wir uns mit der Verwaltungs- und Gebietsreform. Wie findest du unseren Vorschlag, dass die Verbandsgemeinde Kaiserslautern-Süd eine Kooperation mit der Stadt Kaiserslautern eingehen soll?*

Malu Dreyer: Entscheidungen über Gebiets- und Verwaltungsreformen sollen sich an bestimmten Rahmenbedingungen orientieren, die das zuständige Innenministerium hat ermitteln lassen. Über die konkrete Ausgestaltung vor Ort müssen

Interview mit Malu Dreyer (Forts.)

aber die Bürgerinnen und Bürger und die verantwortlichen kommunalen Gremien entscheiden. Reformen sollen nicht gegen den Willen der Bürgerinnen und Bürger, allerdings im Sinne des Gemeinwohls, umgesetzt werden. Die Situation für Trippstadt und Kaiserslautern gehört zu den künftigen Fällen, in denen Veränderungen über Stadt- und/oder Kreisgrenzen möglich werden sollen. Wichtig ist mir, dass Entscheidungen transparent und nachvollziehbar erfolgen.

TiB: *Trippstadt liegt mitten im Pfälzerwald und ist somit umgeben von Wald. Wir haben von der kritischen Personalnot bei Landesforsten gehört und machen uns deswegen große Sorgen. Das Durchschnittsalter liegt jenseits von 50 Jahren. Ein großer Teil der Mitarbeiterschaft wird demnächst in Ruhestand gehen. Wird Landesforsten im nächsten Doppelhaushalt mit einer dringend notwendigen Personalführung rechnen können?*

Malu Dreyer: Ja, die Landesregierung hat sich inzwischen auf einen Weg zur Lösung dieser Problematik geeinigt. Eine Vereinbarung zwischen Finanz- und Forstministerium vom Februar dieses Jahres stellt sicher, dass bis zum Jahr 2022 jährlich 19,5 Forstbeamtenstellen, davon 4,5 Stellen im höheren und 15 im gehobenen Forstdienst, sechs Tarifangestellte und zehn Forstwirte (somit insgesamt jährlich 35,5 Stellen), im Forstdienst besetzt werden. Damit erhält Landesforsten Rheinland-Pfalz angesichts der demografischen Entwicklung eine Perspektive, die sich positiv sowohl auf die Belegschaft, als auch die Strukturen (z.B. Erhaltung der Gemeinschaftsforstämter) in der Fläche auswirkt. Ziel ist es, die Erfahrung der älteren Beschäftigten besser nutzen zu können, jungen Menschen Chancen zu geben, Übergänge besser zu gestalten sowie die Belastung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu begrenzen. Derzeit stehen landesweit etwa 115 Personen in der staatlichen Forstwirtausbildung.

TiB: *Auf deiner Webseite schreibst du: „Grundlage unserer Sozialpolitik ist die Solidarität, das Einstehen der Generationen füreinander, der Gesunden für die Kranken, der Reichen für die Armen. Solidarität bedeutet aber immer auch Selbstverantwortung. Deshalb wollen wir durch geeignete Rahmenbedingungen dazu beitragen, dass alle Menschen ihre Fähigkeiten und Potenziale bestmöglich entwickeln können.“ Wie sehen diese Rahmenbedingungen aus?*

Malu Dreyer: Da sind zum einen faire Arbeitsbedingungen. Teilhabe am Arbeitsleben und faire Arbeitsbedingungen sind entscheidende Voraussetzungen für Lebensqualität und Selbstentfaltung. Für die Landesregierung sind sie eine Kernfrage sozialer Gerechtigkeit. Unsere prosperierende Wirtschaft mit gut ausgebildeten Fachkräften und sicheren Arbeitsplätzen ist die beste Basis für die gedeihliche Entwicklung unseres Landes.

Interview mit Malu Dreyer (Forts.)

In der Vergangenheit bin ich sehr viel zum Thema „Gut leben im Alter“ im Land unterwegs gewesen. Dabei haben mir viele Menschen ihren Wunsch nach gemeinschaftlichem Wohnen und aktiver Nachbarschaft mitgegeben. Sie wollen selbstbestimmt leben, aber nicht allein. Ich habe die Vision, dass in jeder Kommune in unserem Land gemeinschaftliche Wohnprojekte entstehen, damit Menschen jeden Alters, Arme und Reiche, Menschen mit und ohne Behinderungen zusammenleben können – wenn sie dies wollen. Diese Formen wollen wir unterstützen – beispielsweise durch neue Fördermaßnahmen.

TiB: Zum Schluss noch eine Frage zu unserem Kanzlerkandidaten Peer Steinbrück. Er ist ein Mensch, der sagt, was er denkt. Was schätzt du an ihm?

Malu Dreyer: Ich stehe hinter Peer Steinbrück. Angesichts der nicht gelösten Euro- und Finanzkrise und der vor uns liegenden Probleme ist er genau der Richtige.

Das Interview führte Uwe Wunn

Angelika Glöckner



Mit **Angelika Glöckner** hatten wir in unserem TiB 1-2013 ein ausführliches Interview veröffentlicht. Sie können das Interview im Internet unter

<http://www.spd-ov-trippstadt.de/>

nachlesen.

Weitere Informationen von unserer Bundestagskandidatin gibt es im Internet unter

<http://www.angelika-gloeckner.info/>.

Angelika Glöckner besucht am Samstag, 07.09.2013 von 17 bis ca. 20 Uhr das Kohlenbrennerfest. Dann haben Sie Gelegenheit, mit ihr zu sprechen.

Der heutigen Ausgabe von TiB liegt ein Flyer von ihr bei.

Bundestagswahl 2013: Faktencheck

Nachstehend vergleichen wir die Wahlprogramme von CDU und SPD anhand einiger wichtiger Fakten.

SPD: Arbeit ist mehr wert!

CDU/CSU versprechen: „Ordentlicher Lohn für gute Arbeit“. Was dann im Wahlprogramm folgt, ist aber lediglich die Ankündigung, „die Tarifpartner gesetzlich in die Pflicht nehmen“ zu wollen. Das aber auch nur da, wo es bisher keine Tarifverträge gibt. Von einem fairen, gesetzlich festgelegten Mindestlohn ist nicht die Rede.

Die **SPD** hingegen will einen gesetzlich garantierten, flächendeckenden Mindestlohn von mindestens 8,50 Euro pro Stunde. Denn Millionen von Menschen arbeiten für Niedriglöhne, die nicht zum Leben reichen. Hinzu kommt: auch elf Prozent der Menschen, die einen Tarifvertrag haben, bekommen weniger als 8,50 Euro pro Stunde – hier würde der vermeintliche ‚Mindestlohn‘ von CSU/CDU nicht gelten.

SPD: Moderne Familienpolitik gestalten!

CDU/CSU halten an ihrem Betreuungsgeld fest – und beharren damit auf einer rückwärtsgewandten Familienpolitik. Zusätzlich tauchen die vollmundig angekündigten Vätermomente beim Elterngeld nicht mehr im Programm auf.

Statt zwei Milliarden für das bildungspolitisch unsinnige Betreuungsgeld auszugeben, wird die **SPD** das Geld komplett in den Betreuungsausbau investieren. Alle Eltern, die es wünschen, sollen für ihr Kind einen Platz in einer Krippe, einer Kita oder in einer Tagespflege erhalten.

SPD: Für Bildungsgerechtigkeit sorgen!

Bildung wird im Wahlprogramm der Union nur halbherzig behandelt. An keiner Stelle wird benannt, welche finanziellen Ressourcen **CDU/CSU** in den kommenden Jahren in Bildung, Wissenschaft und Forschung investieren wollen.

Für die **SPD** gehört Bildungsgerechtigkeit zu den wichtigsten Themen. Die SPD wird deswegen umfassend in Bildung investieren – schrittweise ab 2014 bis zu 20 Milliarden Euro zusätzlich. Das Ziel ist eine gebührenfreie Bildung: von der Kita bis zur Hochschule.

Bundestagswahl 2013: Faktencheck (Forts.)

SPD: Sicherheit im Alter gewährleisten!

Auch für die Rentnerinnen und Rentner haben **CDU/CSU** in ihrem Programm nichts parat: Die sogenannte „Lebensleistungsrente“ kriegen weiterhin nur diejenigen, die 40 Jahre eingezahlt haben und darüber hinaus noch über einen Riesen-Vertrag verfügen. Am Ende erhalten sie eine Rente, die monatlich lediglich 10 Euro bis 15 Euro über dem Sozialhilfesatz liegt.

Die **SPD** will sichere Renten für alle und sagt der Altersarmut den Kampf an – mit einem schlüssigen Rentenkonzept und der Solidarrente von 850 Euro für jede Bürgerin und jeden Bürger. Auch wer unverschuldet wegen Krankheit oder Behinderung das Renteneintrittsalter nicht erreichen kann, braucht einen würdigen Übergang in die Rente. Deshalb gibt es auch bei der Erwerbsminderungsrente keine Abschlüsse.

SPD: Eine moderne Gesellschaft ermöglichen!

CDU/CSU bleiben bei der Einführung einer Flexi-Quote für Vorstand und Aufsichtsrat – das bedeutet: die Union will Unternehmen zwar gesetzlich zu einer Frauenquote verpflichten, die genaue Umsetzung soll dann aber freiwillig sein.

Die SPD steht für eine echte Frauenquote: für Aufsichtsräte und Vorstände großer Unternehmen fordert die **SPD** 40 Prozent der Spitzenpositionen für Frauen.

Die Gleichstellungspolitik von **CDU/CSU** bleibt hinterwäldlerisch: die steuerliche Gleichstellung eingetragener Lebenspartnerschaften sieht das Wahlprogramm nicht vor, auch das Adoptionsrecht für gleichgeschlechtliche Paare soll nicht eingeführt werden.

Die **SPD** will die Ehe für gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften öffnen und sie auch im Adoptions- sowie im Steuerrecht gleichstellen.



Auch in diesem Jahr bepflanzte der SPD-Ortsverein anlässlich seines Blumenverkaufs die Blumenkästen der Tourist-Info

(v.l.n.r.: Stephan Marx (Tourist-Info), Michael Bernhart und Achim Gaubatz (SPD))

150 Jahre Sozialdemokratie

1863 - Tatkräftig unterstützt durch den Schriftsteller Ferdinand Lassalle, gründete sich am 23. Mai 1863 aus der Leipziger Arbeiterzentrale um den Schuhmacher Julius Vahleisch und den Zigarrenarbeiter Friedrich Wilhelm Fritzsche heraus der allgemeine Deutsche Arbeiterverein – ADAV.

Die programmatischen Forderungen des ADAV zielten im Kern auf ein demokratisches Wahlrecht für Männer sowie auf die Schaffung von Produktivgenossenschaften ab. Mit Hilfe staatlicher Kredite – so die Vorstellung – sollten die Genossenschaften in Kombination mit einem reformierten Wahlrecht den Hebel für eine schrittweise Überwindung des kapitalistischen Systems darstellen – eines Systems, das zu jener Zeit immer weitere Kreise der Bevölkerung in Not und Elend stürzte und in unmenschliche Arbeitsverhältnisse zwang.

1869 - Schon wenige Jahre nach seiner Gründung erhielt der ADAV Konkurrenz durch die Sozialdemokratische Arbeiterpartei – SDAP. Sie verfügte über noch mehr linkes Potenzial: Gegründet von dem Drechsler August Bebel und dem Journalisten Wilhelm Liebknecht, war die SDAP – anders als der ADAV – marxistisch, internationalistisch und antipreußisch geprägt; gewerkschaftlicher Betätigung maßen ihre Mitglieder einen zentralen Stellenwert bei. Auch mit Blick auf Frauenrechte waren die Vertreter dieser Strömung fortschrittlicher gesinnt.

1875 - Nach schwierigen Anfangsjahren, die auf Seiten des ADAV von manchen Turbulenzen und Verwerfungen gekennzeichnet waren, sollte letztlich erst die Vereinigung von Lassalleanern und Bebelianern zur Sozialistischen Arbeiterpartei – SAP im Jahr 1875 die Basis für den Durchbruch der Sozialdemokratie zu einem ernstzunehmenden politischen Faktor erbringen. Und es dauerte noch weitere 15 Jahre, bis die vereinigte Partei ihren heutigen Namen erhielt: Sozialdemokratische Partei Deutschlands – SPD.



All diesen Veränderungsprozessen zum Trotz bezieht sich die deutsche Sozialdemokratie auf 1863 als ihr Gründungsjahr: Seit ziemlich genau anderthalb Jahrhunderten haben Menschen deutschlandweit und organisiert für eine Verbesserung der Lebensbedingungen der breiten Bevölkerung, ja mehr noch, für eine gleichberechtigte Teilhabe aller an Lebenschancen und Lebensglück, kurzum, für eine gerechtere und demokratische Gesellschaft gestritten.

Und seit anderthalb Jahrhunderten haben sie zugleich gegen Unterdrückung, Ignoranz und Hass ankämpfen müssen. Über weite Strecken haben sie dabei existenzbedrohende Nachteile im Beruf oder gar lange Gefängnis- und Zuchthausstrafen in Kauf nehmen müssen. Und unter rechts- wie linksextremistischer Bedrohung schließlich haben Tausende von ihnen ihren Einsatz für eine menschlichere Gesellschaft mit dem Leben bezahlt.

Es ist nicht nur eine lange, sondern auch eine wechselvolle Geschichte, die wir mit Stolz und Selbstbewusstsein erzählen können – und auch sollten. Der SPD-Ortsverein Trippstadt hatte 1920 bereits 24 Mitglieder.

Sudoku

**Für Ratefüchse –
ein SUDOKU:**

Die Zahlen 1-9
dürfen in jeder
Zeile und Spalte
und in jedem
Quadrat nur ein-
mal vorkommen.

				7		2		6
			5	3	2			
	4	1						
3				9	8			
7			6					4
						1		9
	3	6					4	
			4	2	3		5	
		7					1	



**Sagen Sie
uns Ihre
Meinung !**

Der SPD-Ortsverein im Internet

Aktuelle Hinweise, Ansprechpartner,
Emailadressen oder Telefonnummern
finden Sie im Internet unter der URL

<http://www.spd-ov-trippstadt.de/>

Impressum

SPD Ortsverein Trippstadt, Uwe Wunn, 1. Vorsitzender

Redaktion:
Uwe Wunn